

IX. Schweiz.

Januar. Volkszählung. Die Schweiz hat nach der Zählung vom 1. Dezember 1900 3 327 207 Einwohner gegen 2 933 334 im Jahre 1888.

22. März. Der Bundesrat arbeitet eine Vorlage über Einbürgerung von Ausländern aus.

Danach muß sich ein Ausländer behufs Erwerbung eines Kantons- und Gemeindebürgerrechts zunächst um die bundesrätliche Bewilligung zu bewerben, welche durch einen unmittelbar vorangehenden zweijährigen ordentlichen Wohnsitz in der Schweiz bedingt ist und verweigert werden kann, wenn die Beziehungen des Bewerbers zu seinem Heimatland, sowie die sonstigen persönlichen und Familienverhältnisse so beschaffen sind, daß aus der Aufnahme des Gesuchstellers der Eidgenossenschaft Nachteile erwachsen könnten. Den Kantonen bleibt vorbehalten, durch Gesetz zu bestimmen, daß die im Kanton geborenen Kinder von Ausländern, welche zur Zeit der Geburt wenigstens 10 Jahre im Kanton ihren Wohnsitz gehabt haben, von Gesetzes wegen Kantonsbürger werden, ohne der bundesrätlichen Bewilligung zu bedürfen.

April. (Zug.) Aus Anlaß der Graßmannpolemik in Deutschland (S. 76) entsteht im Kanton Zug eine Kontroverse über die Moral Diguoris zwischen der katholischen Geistlichkeit und Liberalen.

Anfang April. Streit um das Asylrecht.

Die Schweiz liefert einen italienischen Anarchisten Jaffe, der an der Ermordung König Humberts teilgenommen haben soll, an die italienische Regierung aus, weil sie den Königsmord nicht als politisches, sondern als gemeines Verbrechen ansieht. Die Anarchisten und Sozialdemokraten bezeichnen es als eine Verletzung des Asylrechts, russische Studenten und Anarchisten demonstrieren in Genf und beschädigen das russische Konsulatsgebäude (5. April). Polizei und Militär stellen die Ruhe wieder her. — Später werden noch mehrere fremde Anarchisten ausgewiesen.

1. Juni. Vertreter des Bundesrats und der Nordostbahngesellschaft unterzeichnen einen Vertrag über den Rückkauf der Bahn durch den Bund für 82 Millionen Francs. Am 24. September genehmigt der Bundesrat den Vertrag.

3. Juni. (Zürich.) Die Bundesversammlung tritt zur ordentlichen Sommertagung zusammen.

6. Juni. (Winterthur.) Es bildet sich eine Liga zur Unterstützung der reformierten Bewegung in Oesterreich.

12. Juni. (Zürich.) Eine Konferenz von Vorständen der öffentlichen Versicherungsanstalten Deutschlands und der Schweiz berät über Organisations- und technische Fragen.

Juni. Unter den Arbeitern am Simplon bricht ein Streik aus, der zu Unruhen führt.

30. Juni. (Zürich.) Schluß der Sommertagung der Bundesversammlung.

Die Versammlung genehmigt u. a. die Staatsrechnung für 1900, die einen Fehlbetrag von 1 700 000 Frks. aufweist und das Gesetz über die Militärversicherung. Dies Gesetz versichert alle Wehrmänner gegen Krankheit, Unfall und Tod und weist alle Unkosten dem Bund zu. Die Vorlage auf Errichtung einer Bundesbank kommt nicht zu stande, weil beide Stände sich nicht einigen können. Es bleibt also einstweilen bei dem kantonalen Notenwesen ohne Zentralbank.

Juli. August. Landwirtschaftliche Interessenten agitieren für eine Erhöhung der Zölle auf deutsche Artikel, um eine Herabsetzung der deutschen Agrarzölle des neuen Zolltarifs zu erzwingen.

25. August. (Zürich.) 4000 Sozialdemokraten demonstrieren in einem Umzug gegen die Ausweisung der Anarchisten und angebliche Verletzungen des Vereinsrechts durch die Regierung.

25. August bis 2. September. (Basel.) Aufenthalt des chinesischen Prinzen Tschun, der seine Reise nach Berlin wegen einer angeblichen Krankheit unterbricht. (Vgl. S. 130.)

22. September. (Solothurn.) Neuorganisation der schweizer Sozialdemokratie.

Auf dem allgemeinen Sozialistenkongresse verschmelzt sich der Grütliverein mit der sozialdemokratischen Partei. Der Grütliverein, der etwa 10 000 Mitglieder zählt, hatte bisher eine vermittelnde Politik vertreten, während die sozialdemokratische Partei auf dem Boden des Klassenkampfes steht.

27. September. (Basel.) Der Kongreß der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz beschließt die Herausgabe einer Sammlung der Arbeiterschutzgesetze aller Länder in drei Sprachen.

Ende Oktober. Das Budget für 1902 wird veröffentlicht. Es schließt bei 102 240 000 Francs Einnahmen und 108 120 000 Francs Ausgaben mit einem Fehlbetrage von 5 880 000 Francs ab, was gegenüber dem Budget von 1901 eine Steigerung des Fehlbetrages um 3 070 000 Francs bedeutet.

Anfang November. (Bern.) Die Aktionärversammlung der Schweizer Nordostbahn beschließt den Verkauf des Nordostbahnnetzes an die Eidgenossenschaft. — Die Bahn geht 1. Januar 1902 in staatlichen Besitz über.

26. November. (Bern.) Im Kantonsrat wird ein Antrag gestellt, der Kantonsrat solle die Bundesbehörde ersuchen, bei den ausländischen Regierungen Schritte zu thun, damit England dem unmenslichen südafrikanischen Kriege, dem Elende der Burenfrauen und Burenkinder ein Ende mache. Die Berner Regierung stimmt zu.

2. Dezember. (Bern.) Nationalrat und Ständerat treten zusammen. Im Ständerat bezeichnet der Präsident in seiner Eröffnungsrede die „Hinschlachtung des freien Volkes der Buren“ als das traurigste Ereignis des 20. Jahrhunderts.

12. Dezember. (Bern.) Die Bundesversammlung wählt zum Bundespräsidenten für das Jahr 1902 Bundesrat Zemp-Luzern (katholisch-konservativ), zum Vizepräsidenten Deucher-Thurgau (radikal).

Dezember. Die schweizer Presse beschäftigt sich mit den von der deutschen Regierung auf der Tüllinger Höhe bei Basel geplanten Befestigungen und protestiert dagegen als eine Bedrohung der Schweiz und eine Verletzung der Verträge von 1815.

X. Belgien.

4. Januar. (Antwerpen.) Schluß eines Ausstandes der Hafearbeiter.

22. Januar. (Brüssel.) In einem Prozeß der Transvaal-Regierung gegen die Unternehmer der Eisenbahn Komatipoort-Leydsdorp wegen Übervorteilung werden die Angeklagten zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Ende Januar. (Kammer.) Debatten über die Spielhöllen. Die „Allgemeine Zeitung“ berichtet darüber:

„Bekanntlich bestehen in der belgischen Gesetzgebung zur Zeit keinerlei Bestimmungen, welche der Errichtung und Ausbeutung öffentlicher Spiel-